

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

AKTUELL

Wiederholung der Landtagssendung

(pafl) - Die Tonübertragung der Landtagssitzung vom 20./21. November 1996 wird am Samstag/Sonntag, den 23. und 24. November nochmals im Landessender ausgestrahlt. Die Wiederholung beginnt an beiden Tagen um 9.00 Uhr. Die Zeittafel mit der Abfolge der behandelten Traktanden kann im Teletext abgerufen werden.

Massenrückkehr von Flüchtlingen aus Zaire



Goma (AP) Flüchtlinge im Osten Zaires haben am Donnerstag von schweren Kämpfen zwischen den Tutsi-Rebellen und versprengten Hutu-Milizionären berichtet. Die Hutu-Kämpfer waren vor einer Woche von den Tutsi-Rebellen aus den Lagern vertrieben worden, was die Massenrückkehr von 500 000 Flüchtlingen nach Ruanda ermöglichte. Unterdessen lud Kanada für Samstag zu einer internationalen Ministerkonferenz über die Koordinierung der Afrikahilfe ein.
Mehr darüber auf der Seite Zeitgeschehen.

Längere Verjährungsfrist bei Kindsmisbrauch

Olten (AP) Die Präsidentinnenkonferenz des Bundes Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) setzt sich für die konsequente Ahndung des sexuellen Missbrauchs von Kindern ein. Sie forderte am Donnerstag in Olten den Ständerat auf, sich dem Nationalrat anzuschliessen und die Verjährungsfrist ebenfalls auf zehn Jahre zu erhöhen und erst mit Volljährigkeit des Opfers beginnen zu lassen. Um die Kinder besser vor sexuellem Missbrauch zu schützen, sei auch ein Umdenken der Öffentlichkeit nötig. Alle müssten sich dafür einsetzen, dass die seelische und körperliche Entwicklung der Kinder ungestört verlaufen könne.

Das passende modische Outfit für die kommenden festlichen Anlässe!

HANNELORE
MODISCH AKTUELL

IM ZENTRUM KAUFEN, SCHAAN.

«Wir wollen Verfassungsstaat und Monarchie beibehalten»

Der Landtag debattierte gestern mehrere Stunden über den Bericht der Verfassungskommission - Kein Positionsbezug der VU-Fraktion

(G.M.) - «Es entspricht meiner Überzeugung», erklärte Landtagsvizepräsident Otnar Hasler als Präsident der Verfassungskommission, «dass in Situationen ernsthafter Problemstellungen Konflikte im Dialog mit Entschlossenheit gelöst werden müssen und Lösungsansätze im Gespräch zu entwickeln sind.» Der Aufforderung zum Dialog folgten jedoch nur die FBPL-Abgeordneten, während sich die VU-Fraktion eines Positionsbezugs enthielt.

Die Konfrontation erscheint dem Kommissionspräsidenten, der den Bericht der Kommission mit grossem Engagement vertritt, nicht der richtige Weg, weil Konfrontation nur Verlierer schaffe. Der Bericht zeigt nach seinen Worten Lösungsansätze auf, die weiterentwickelt werden müssten. Die teilweise unterschiedlichen Auffassungen der FBPL-Abgeordneten sorgten für eine farbige Debatte, an der sich die Vertreter der Mehrheitspartei, welche die Mehrheitsverantwortung ansonsten für sich beanspruchten, kaum beteiligten. «Der gefeierte Wilhelm Beck», meinte darob der FBPL-Abgeordnete Gebhard Hoch, «würde sich wundern, wenn er noch leben würde.» Kommissionspräsident Otnar Hasler unterstrich im Verlaufe der teils heftigen Debatte, grundsätzlich sollte keine Änderung vorgenommen werden: «Wir wollen unseren Verfassungsstaat und die Monarchie behalten.»

Mehr darüber auf den Seiten 4 und 5.



Der Landtag fasste sich gestern mit dem Bericht der Verfassungskommission und diskutierte die vorgeschlagenen offenen Verfassungsfragen. (Bild: Brigitt Risch)

Mehrheit befürwortet Abtreibungspille RU 486

Zahl der Befürworter seit 1990 markant erhöht - Zustimmung vor allem bei der jüngeren Generation

Zollikofen (AP) In der Schweiz ist laut einer repräsentativen Umfrage eine Mehrheit der Bevölkerung für die Zulassung der Abtreibungspille RU 486. Deutliche Mehrheiten zugunsten der Pille ergaben sich vor allem bei der jüngeren Generation, in städtischen Gebieten und in der französischsprachigen Schweiz.

Gemäss einer dieses Jahr durchgeführten Umfrage haben sich in der Schweiz 51 Prozent für die Zulassung der umstrittenen Abtreibungspille RU 486 ausgesprochen, wie die Schweizerische Vereinigung für Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs (SVSS) am Donnerstag in Zollikofen bekanntgab. 34 Prozent lehnten eine Zulassung ab, und weitere

15 Prozent waren unentschieden oder gaben keine Antwort, wie die im Auftrag der SVSS durchgeführte Befragung des Forschungsinstituts der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung (GfS) ergab. Bei der Generation der 18- bis 39-jährigen sprachen sich sogar 54 Prozent für und nur 31 gegen die Zulassung der Abtreibungspille aus.

Die Zahl der Befürworterinnen und Befürworter der RU 486 hat sich damit seit 1990 markant erhöht. Gemäss einer damals durchgeführten Umfrage waren nur 32 Prozent für eine Zulassung, 41 Prozent dagegen und weitere 27 Prozent unentschieden oder gaben keine Antwort. Drei Jahre später befürworteten bereits 42 Prozent die Abtreibungspille,

während der Anteil der Gegner bei 40 Prozent lag, wie der Mitteilung der SVSS weiter zu entnehmen ist.

Bei der diesjährigen Umfrage ergaben sich laut der Mitteilung nur bei Personen mit häufigem Kirchgang sowie bei Anhängerinnen und Anhängern von SVP und CVP ablehnende Mehrheiten. Zwischen den Konfessionen bestehe dagegen praktisch kein Unterschied: Sowohl bei Protestanten wie bei Katholiken sei eine Befürwortung im Verhältnis von knapp sechs zu vier festzustellen. Im Auftrag der SVSS hatte das GfS 704 repräsentativ ausgewählte stimmberechtigte Personen in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz befragt, wie es weiter heisst.

«Alle sind vor dem Gesetz gleich»

Bern (AP) In Zukunft sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich und nicht nur alle Schweizer. Als Basis der Reform hat der Bundesrat die über 100-jährige, in vielen Abstimmungen veränderte Verfassung von der Präambel bis zu den Übergangsbestimmungen überarbeitet, gekürzt und mit ungeschriebenen Grundrecht ergänzt.

Die Nachführung der Verfassung ist laut Heinrich Koller, Direktor des Bundesamtes für Justiz, mehr als eine buchhalterische Übung. Sie bringt das Verfassungsrecht auf den neuesten Stand, verdeutlicht die Wesensmerkmale des Staates. Das zeigt sich schon an der Präambel.

Neues Lawinenwarnsystem erprobt

Aufbau eines Netzes von zentral abrufbaren Messstationen

Davos (AP) Zum Auftakt der Wintersaison beschreibt das Schnee- und Lawinenforschungsinstitut Davos in der Lawinenwarnung neue Wege. In mehreren Etappen wird ein Netz von zentral abrufbaren Messstationen aufgebaut, das eine verbesserte Warnung vor der nur schwer berechenbaren weissen Gefahr ermöglichen soll.

Die Zahl der Lawinentoten in der Schweiz ist in den vergangenen Jahren zwar einigermassen konstant geblieben, wie Roland Meister, Gruppenchef des Lawinenwarndienstes im Eidgenössischen Institut für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) sagte. Allerdings würden in jüngster Zeit weniger Opfer in Siedlungsgebieten und dafür mehr in touristischen Gebieten gezählt.

Zur Verbesserung des Schutzes von Menschen, Siedlungen und Verkehrswegen vor Lawinen baut das SLF in Zusammenarbeit mit Bund und Kantonen zurzeit ein Netz von automatischen Messstationen auf. Parallel dazu werden lokale, regionale und eine nationale Zentrale errichtet, wo der Informationsfluss gebündelt und theoretisch von jedem Ort der Schweiz aus abgerufen werden kann, wie Tom Russi, SLF-Gruppenchef Lawi-

nenwarnsysteme erklärte. In einer ersten Phase ist der Aufbau von rund 40 Messstationen in sechs Kantonen und 30 lokalen Zentren geplant. Elf dieser Stationen werden sind bereits für die diesjährige Wintersaison in den Kantonen Graubünden, Bern, Wallis und Tessin im Betrieb. Rund um die Uhr stehen damit den Lawinenwarndiensten Informationen über Schnee- und Wettersituation aus den Höhenlagen der typischen Anrissgebiete zur Verfügung. Diese sind laut Russi ausserordentlich wichtig für die Beurteilung der aktuellen Lawinengefahr während grosser Schneefälle oder im Frühjahr bei drohenden Nassschneelawinen.

Eine Messstation besteht in der Regel aus einer Wind-Messstelle auf einem Berggipfel sowie einer Schnee-Messstelle auf einem Flachfeld und misst kontinuierlich für die Lawinenwarnung wichtige Werte wie Schneehöhe, Wind, Strahlung und Temperaturen in der Luft und der Schneedecke, wie Russi erklärte. Diese Messgrössen werden in autonom funktionierenden, über Solarzellen und Batterien mit Energie versorgten Stationen gespeichert und über Funk an die Zentren übermittelt.



Das Institut für Schnee- und Lawinenforschung Weissfluhjoch-Davos feiert seinen 60. Geburtstag. Zum Jubiläum wurde der Neubau in Davos-Dorf eingeweiht.